

Merkblatt zur Umsetzung der De-minimis-Verordnung der EU

Die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Landes Brandenburg und des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Förderung im Rahmen des Regionalbudgets durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (MASGF) erfolgt unter Beachtung der De-minimis-Bestimmungen (Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen (ABl der EU Nr. L379 vom 28. Dezember 2006 – zukünftig: De-minimis-Verordnung).

Es ist u. a. folgendes zu beachten:

Eine Kumulierung von Mitteln nach dieser Förderung – soweit sie nach der „De-minimis“-Verordnung erfolgt – mit anderen öffentlichen Mitteln ist nur insoweit zulässig, als der maximale Gesamtbetrag aller „De-minimis“-Beihilfen in einem Zeitraum von drei Steuerjahren den vorgegebenen Schwellwert von 200.000 Euro nicht übersteigt.

Der Gesamtbetrag der „De-minimis“-Beihilfen an ein Unternehmen, das im Bereich des Straßentransportsektors tätig ist, darf in einem Zeitraum von drei Steuerjahren 100.000 Euro nicht überschreiten. Diese Höchstbeträge gelten für „De-minimis“-Beihilfen gleich welcher Art und Zielsetzung.

Jede „De-minimis“-Beihilfe, die derselbe Zuwendungsempfänger in den vorangegangenen zwei Steuerjahren sowie im laufenden Steuerjahr erhalten hat, ist der Bewilligungsbehörde anzugeben („De-minimis“-Erklärung).

Ausschluss:

Nicht anwendbar sind De-minimis-Beihilfen auf die Bereiche Fischerei, Aquakultur, Primärerzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, exportbezogene Tätigkeiten, Erwerb von Fahrzeugen für den Straßengütertransport.

Soweit im Einzelfall eine Zuordnung nicht eindeutig möglich ist, entscheidet die Bewilligungsbehörde abschließend über die Möglichkeit einer Förderung.

Sollten Fragen bei der Anwendung der De-minimis-Verordnung bestehen, steht Ihnen unser Call-Center unter der Rufnummer **0331 – 600 22 00** gern zur Verfügung.

Ihr LASA-Team